

Bremer demonstrieren nach Falschmeldung

Wie ein Gerücht im Internet die Massen mobilisiert

VON FRAUKE FISCHER UND ANDREAS KOPIETZ

Bremen. In den sozialen Netzwerken macht ein Gerücht die Runde und mobilisiert die Massen. Der Fall der angeblichen Entführung und Vergewaltigung einer 13-Jährigen aus Berlin-Marzahn durch Flüchtlinge zeigt, was Meldungen bewirken können, selbst wenn sie sich dann als falsch erweisen. In verschiedenen Städten der Bundesrepublik, darunter in Bremen und Bremerhaven (wir berichteten), kam es zu Demonstrationen vorwiegend von aus Russland stammenden Deutschen. Befürchtungen, dass sie sich in Bremen wiederholen oder gar eskalieren könnten, hegen Polizei und Innenbehörde nicht. Der Vorfall in Berlin hat aber Folgen: So hat ein Rechtsanwalt aus Konstanz wegen Volksverhetzung den Reporter eines russischen Staatssenders in Berlin verklagt, weil er zum Hass gegen Flüchtlinge aufgestachelt habe. Ein Bremer hat angekündigt, Strafanzeige gegen den Redner der Demonstration in Bremerhaven zu stellen.

„Wir wollen die Geschichte nicht verharmlosen. Aber die Vorfälle zeigen, dass man mit Gerüchten in sozialen Netzwerken viele Menschen aufrütteln und manipulieren kann“, sagte Rose Gerdt-Schiffler,

„Es gab weder eine Entführung noch eine Vergewaltigung.“

Berlins Polizei zum angeblichen Fall

Sprecherin der Bremer Innenbehörde. Es sei Vorsicht geboten, wenn Meldungen nur über soziale Netzwerke verbreitet und nicht von anderen seriösen Quellen bestätigt würden. Jeder sei aufgerufen, „solche Informationen kritisch zu hinterfragen“.

Das Mädchen hatte, nachdem es einen Tag nach seinem Verschwinden wieder aufgetaucht war, behauptet, es sei von arabischen Männern entführt und vergewaltigt worden. Die Polizei in Berlin aber teilte nach den Ermittlungen und ersten rechtsmedizinischen Untersuchungen der 13-Jährigen, die aus einer Familie russischer Einwanderer stammt, mit: „Es gab weder eine Entführung noch eine Vergewaltigung.“ Ermittler vermuten hingegen, dass die 13-Jährige freiwillig mit einem oder mehreren Männern mitging – und dies wohl nicht zum ersten Mal. „Sie ist offenbar in falsche Kreise geraten“, sagte Berlins Justizsprecher Martin Steltner am Montag. „Wir gehen von einem einvernehmlichen sexuellen Kontakt aus. Aufgrund des geringen Alters des Mädchens ermitteln wir wegen sexuellen Missbrauchs.“ Es werde gegen eine namentlich bekannte Person ermittelt.

Im Gegensatz zu russischen Fernsehsendern und demonstrierenden Rechtsextremisten legt sich der Rechtsanwalt der Familie nicht fest, ob das Kind vergewaltigt oder

sexuell missbraucht wurde. „Fakt ist aber: Als die Tochter wieder zu Hause war, hatte sie starke Hämatome am Körper“, sagt Roman Iglar. Aber er bescheinigt der Polizei, sie ermittle mit der nötigen Sorgfalt.

Die Familie hatte zuvor Interviews gegeben: etwa einem Reporter des Pervij Kanal, einem russischen Staatssender. Dieser hatte behauptet, in Deutschland vergewaltigten Migranten Minderjährige und die Behörden unternähmen nichts. Es gab viele rassistische Kommentare. Russische Fernsehsender wie TV Zvezda, Ren-TV, Rossija 1 und Sputnik griffen die Geschichte auf.

Inzwischen hat der Rechtsanwalt Martin Luthle aus Konstanz den Fernsehreporter des Pervij Kanal wegen Volksverhetzung verklagt: „Er hat in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, seine in Deutschland lebenden russischsprachigen Landsleute zum Hass gegen Flüchtlinge aufgestachelt und zugleich indirekt zur Gewalt und Willkürmaßnahmen gegen sie aufgefordert.“

Während die – nicht angemeldete – Kundgebung am Sonntag in Bremen nach Polizeiangaben friedlich verlief, kam es in Bremerhaven am gleichen Tag zu „jediglich kleinen Rängeleien“, wie ein Sprecher der dortigen Polizei am Montag erneut versicherte. Die Gruppe der etwa 120 russischstämmigen Demonstranten war auf die Gegendemo „Keine rechte Hetze in Bremerhaven“ mit über 250 Teilnehmern getroffen. Die Polizei musste beide trennen. Es gab einen Verletzten, der ins Krankenhaus kam, heißt es in einer Polizeimeldung. Der Redner der kleineren Gruppe hatte unter anderem Politik und Polizei dafür kritisiert, nichts gegen von Flüchtlingen begangene Verbrechen zu tun. Die Polizei bundesweit werde versuchen, mit Blick auf Aufrufe und Meldungen in sozialen Netzwerken „ein entsprechendes Monitoring“ vorzunehmen, so der Bremerhavener Polizeisprecher.

Von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gibt es bislang keine neue Stellungnahme zu den Demonstrationen und dem Vorfall in Berlin. Eine Mitarbeiterin aus der Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart bestätigte auf Nachfrage des WESER-KURIER, dass dort viele Anrufe von Mitgliedern eingingen. Diese wollten vor allem wissen, ob die Landsmannschaft zu den Demonstrationen aufgerufen habe und wie man sich verhalten solle. In der vergangenen Woche hatte der Bundesvorsitzende Waldemar Eisenbraun in einer Mitteilung über „Zuwanderung und Zivilcourage“ mit Blick auf die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln betont, Zivilcourage und bürgerliches Engagement seien „in Zeiten von Unsicherheit und Unzufriedenheit... geeignete Mittel“. Bürger dürften die Politik auf „Fehlentwicklungen“ hinweisen und „schnelle und nachhaltige Lösungen“ einfordern. Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Mittel dürften dabei nicht außer Acht gelassen werden. Eisenbraun betonte auch: „Wir dürfen und werden uns auf Provokationen und Hetze nicht einlassen.“ **Kommentar Seite 2**



Kunstwerke aus dem Holocaust

Das Deutsche Historische Museum in Berlin zeigt erstmals 100 Kunstwerke aus dem Holocaust. Die Bilder stammen von Menschen, die in Konzentrationslagern, Ghettos und Arbeitslagern gefangen waren. Der KZ-Häftling Pavel Fantl zeichnete beispielsweise Adolf Hitler als traurigen Harlekin mit blutigen Händen und betitelte das Bild mit „Das Lied ist aus“.

Hinter den Werken verbergen sich die Schicksale der Künstler, sagt Museumspräsident Alexander Koch. Die Bilder aus den Jahren 1939 bis 1945 sind aus der Sammlung der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Die Gedenkstätte habe noch nie so viele ihrer Kunstwerke außerhalb Israels gezeigt, so der Vorsitzende Avner Shalev. Die Kunstwerke seien unersetzlich, so Shalev. Die Zeichnungen und

Gemälde dokumentieren das brutale Leben in den Lagern, porträtieren Mitgefangene oder zeigen scheinbar leichte Szenen wie Meereslandschaften als Flucht aus dem Alltag. Nelly Toll ist die einzige Künstlerin der Ausstellung, die 71 Jahre nach Kriegsende noch am Leben ist. Sie hat bunte Straßenszenen, Strandszenen oder zwei kleine Mädchen gemalt, die im gepunkteten Kleid fröhlich über eine Wiese laufen.

Einerseits, so Alexander Koch vom Historischen Museum, kündeten die Bilder „von den Gräueln der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Auf der anderen Seite seien es hochrangige Werke der bildenden Kunst, die erahnen lassen, wie sehr sich die Menschen nach einer Zukunft sehnten. Die Ausstellung ist bis zum 3. April in Berlin zu sehen. UD-FOTO:EPD **Bericht Seite 21**

Zu kurz gedacht



Maren Beneke über die EEG-Reform

Die Hysterie greift wieder einmal um sich: Mehr als 24 Milliarden Euro sollen die Betreiber von Wind-, Solar- und Biogasanlagen im vergangenen Jahr bekommen haben. Ein neuer Rekord. Schon jetzt nennen Politiker wie CDU-Vizefraktionschef Michael Fuchs die Begriffe „deutsche Energiewende“ und „finanzielles Desaster“ in einem Atemzug.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) dürften solche Sätze wohl eher nicht über die Lippen kommen. Aber auch er sieht offenbar dringenden Handlungsbedarf und verfällt in Aktionismus: Um Kosten zu sparen, will der Bund die Betreiber von Ökostrom-Anlagen ab 2017 nicht mehr über feste Stromvergütungen fördern, sondern ein Ausschreibungsmodell einführen, bei dem am Ende derjenige den Zuschlag bekommt, der am wenigsten Zuschüsse von der Regierung einfordert.

Ein Modell, das viel zu kurz gedacht ist, wie auch die Regierungschefs der norddeutschen Länder in ihrem „Wismarer Appell“ nun deutlich gemacht haben. Zu einem Ausbaustopp, wie er von den Regierungsoberhäuptern befürchtet wird, kommt es zwar eher nicht. Fest steht aber: Die Zahl derjenigen, die überhaupt noch bereit sind, in Ökostrom-Anlagen zu investieren, wird sinken. Eine mögliche Konsequenz: Ist der Wettbewerb auf einige wenige große Geldgeber beschränkt, purzeln auch die Preise nicht so, wie man sich das in Berlin vorstellt.

Aber dem Bund droht ein noch viel größeres Unheil, mit dem die Regierung offenbar nicht rechnet: der Unmut des Bürgers. Bislang konnte jedermann in die Energiewende investieren und direkt davon profitieren. Denn eine Windkraftanlage vor der Haustür ist nur halb so schlimm, solange sich das eigene Konto füllt. Für Kleinanleger-Zusammenschlüsse, also Genossenschaften und Bürgergesellschaften, werden die Kosten und Risiken, die das neue Ausschreibungsmodell mit sich bringt, aber kaum noch zu stemmen sein. Neue Proteste sind damit programmiert.

Gefordert sind daher Ausnahmeregelungen – und das möglichst schnell. An dieser Stelle wäre Aktionismus angebracht. Sonst droht die Stimmung zu kippen. **Bericht Seite 17**

maren.beneke@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Enak Ferlemann



Geht es um verkehrspolitische Infrastruktur-Projekte in Niedersachsen, dann sind diese oft mit einem Namen verbunden: Enak Ferlemann. Egal ob Ausbau der Autobahn 1 zwischen Bremen und Hamburg, Planung der Scharbecker Schleuse oder die bessere Anbindung der Seehäfen – überall hat der zweifache Familienvater nach Angaben der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen mitgewirkt. Weil sich der CDU-Politiker in den Haushaltsberatungen des Bundes für diese und viele weitere Projekte eingesetzt habe, zeichnet der Verband den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur am Dienstag mit seinem Preis aus. **BEM**

WETTER

Tagsüber 10° Nachts 8° Niederschlag 40%

Viele Wolken Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



Kaum Anzeigen nach Übergriffen

Hannover. Nur wenige Opfer von Sexualdelikten zeigen einer Studie des niedersächsischen Landeskriminalamts zufolge die Tat auch bei der Polizei an. Sexuelle Übergriffe auf Frauen im öffentlichen und privaten Raum seien häufig, würden aber von diesen oft nicht als kriminelles Unrecht bewertet, sagte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) am Montag in Hannover. Für die sogenannte Dunkelfeldstudie waren im Februar und März vergangenen Jahres Fragebögen an insgesamt 40 000 Männer und Frauen ab 16 Jahren in Niedersachsen verschickt worden; rund 20 400 von ihnen hatten geantwortet.

Der Studie zufolge gaben rund 1,5 Prozent der Befragten an, im Jahr 2014 Opfer eines Sexualdelikts geworden zu sein. Rund 5,9 Prozent der Opfer hatten Anzeige erstattet – zwei Jahre zuvor waren es 4,1 Prozent. Generell hätten jüngere Frauen ein ausgeprägteres Unsicherheitsgefühl als ältere, sagte LKA-Präsident Uwe Kolmey. Bei Männern sei dies umgekehrt.

Das führe auch zu einem veränderten Verhalten von Frauen im öffentlichen Raum. So gaben deutlich mehr Frauen (28,1 Prozent) als Männer (11,7 Prozent) in der Befragung an, abends öffentliche Verkehrsmittel zu meiden. Pistorius betonte, es sei wichtig, die Opfer von Straftaten zu schützen und zu unterstützen. „Insbesondere Frauen meiden bestimmte Straßen oder Plätze oder gehen abends nicht mehr aus.“ **HFM Kommentar Seite 2 • Bericht Seite 14**

THEMA

Istanbul Prozess um „Ehrenmord“

3

Knapp elf Jahre nach dem Mord an der Deutsch-Türkin Hatun Sürücü in Berlin beginnt an diesem Dienstag in Istanbul der Prozess gegen zwei ihrer Brüder.

BREMEN

Messerstecher in Psychiatrie eingewiesen

11

Ein 34-Jähriger, der seine Ex-Freundin mit 51 Messerstichen umgebracht hat, muss in die Psychiatrie. Nach Ansicht des Landgerichts Bremen ist er stark vermindert schuldfähig, vermutlich sogar komplett.

DER NORDEN

Pirsch auf den Inselhirsch

13

Eigentlich sollte das Damwild die Borkumer Inselvegetation im Zaum halten. Mittlerweile fressen sich die Tiere auch durch Gärten und sind nur sehr schwer wieder loszuwerden. Am Sonntag endet die Jagdsaison.

VERMISCHTES

Udos Musical vor dem Aus

8

Die Tage für Udo Lindbergs Mauerfall-Musical „Hintern Horizont“ sind gezählt. Ende August soll es im Theater am Potsdamer Platz in Berlin die letzte Vorstellung geben. Der Hamburger Musikkonzern Stage Entertainment begründet das Aus mit Sparzwängen. „Die Produktion wirft keinen Gewinn mehr ab“, sagt Deutschland-Sprecher Stefan Jaekel.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	7, 12	Rätsel & Roman	26
Fernsehen	28	Tipps & Termine	27
Lesermeinung	21	Veranstaltungsanzeigen	6